

Die hier vorliegenden Artikel des Pressedienstes **FFA intern** können von den Redaktionen genutzt werden als Recherchegrundlage und nach Rücksprache zur Veröffentlichung

■ Ein Jahrzehnt Frankfurter Forum für Altenpflege

Am 26. Januar 2003 wurde das Frankfurter Forum für Altenpflege zehn Jahre alt. Eigentlich ist dieser Name nichts anderes als der Titel einer Imagekampagne für den Altenpflegeberuf, die Frankfurts Altenpflegeprofis drei Jahre vor Einführung der Pflegeversicherung 1993 starteten. Grund für die Maßnahme war: Kaum noch jemand wollte diesen Beruf am pflegebedürftigen alten Menschen erlernen. Der Pflegenotstand herrschte. Der neun Personen umfassende Sprecherkreis der Leiterinnen und Leiter Frankfurter Alten- und Pflegeheime fragte sich: Wie können wir Menschen für die Altenpflege gewinnen?

Eine an Polyarthrititis erkrankte Werbefachfrau, die in einer Frankfurter Altenpflegeeinrichtung lebt, kam damals auf diese Werbeidee und entwarf ein Kampagnenkonzept, das in der professionellen Umsetzung tatsächlich dazu führte, dass alle fünf damals in Frankfurt ansässigen Altenpflegesschulen bis auf den letzten Ausbildungsplatz ausgelastet wurden.

Es mussten gar Parallelkurse eingerichtet werden. Es gab dank Werbung in Frankfurt einen Gesamtsuwachs an Schülern von 10,19 Prozent 1993/94. Ein Jahr später kam die Pflegeversicherung.

Es ist sozusagen eine Tradition des Forums, dass auch die Ideen von Betroffenen - in diesem Falle einer Bewohnerin - in den Kommunikationsprozess eingehen und somit zivilgesellschaftliches Engagement seinen Platz hat.

**Altenpflege.
Der Beruf, in dem jeder Tag zählt.**

FRANKFURTER
FORUM FÜR
ALTENPFLEGE

TEL. 069-28 08 01

Rufen Sie uns an.

Das riesengroße Bildplakat, das die damals 89-jährige Friedel Hanstein zeigt, beeindruckte 1993 ein Jahr lang die Einwohner, Pendler und Besucher Frankfurts. Auf großen Werbeflächen war die Heimbewohnerin im gesamten Stadtgebiet zu sehen. Die eingängige Werbebotschaft lautete:

ALTENPFLEGE. DER BERUF IN DEM JEDER TAG ZÄHLT.

Weitere FFA-Pressedienstbeiträge über zehn Jahre Frankfurter Forum für Altenpflege Seite 3

■ Inhalt

FFA intern Editorial	S. 3
Innovationen für die Altenpflege auch aus Bürger-Anregungen schöpfen	S. 4
Renate Schmidt, Bundes-Senioren-Ministerin, würdigt das Sofortprogramm der Stadt	S. 5
Das Frankfurter Hufeland-Haus feierte Zertifizierung	S. 5/6
„Altenpflegekräfte brauchen eine Würdigung ihres Erfolgs“ 25 Jahre Altenpflegeschule	S. 6/7
„Für die Nutzer völlig undurchsichtig“	S. 8
Ein Sofortprogramm Altenpflege für ganz Hessen erforderlich	S. 9
„So wie´s ist, bleibt´s nicht“ VdK – 2003 Jahr der Menschen mit Behinderungen	S. 10
„Wie im Kleinen in der Familie, so im Großen in der Kommune“	S. 11/12
„Wie wenig Chancen manche Menschen schon von Geburt an haben“	S. 12
„Muss i denn, muss i denn zum Städele hinaus“	S. 13/14
„Diskussion - Umbau der sozialen Sicherungssysteme“	S. 14/15

■ Impressum

Der FFA intern Pressedienst kam im Juni 1996 – kurz vor Einführung der Pflegeversicherung im stationären Bereich – zum ersten Mal heraus und widmet sich besonders der stationären Altenpflege und ihrem Umfeld.

Werden Bücher, Videokassetten oder Broschüren vorgestellt, so können diese nicht von der FFA-Pressestelle aus verschickt werden.

Bezugsadresse steht am Ende jedes Artikels, an die sich Interessenten wenden können.

Herausgabe und verantwortlich für die Redaktion im Sinne des Presserechts:

Beate Glinski-Krause M.A.

Leiterin der Presse- und Kommunikationsstelle des

FRANKFURTER FORUMS FÜR ALTENPFLEGE

Oranienstraße 21

604439 Frankfurt am Main

Tel.: 069/61 99 44 51

Fax: 069/61 99 44 52

Mobil: 0171/178 38 63

E-Mail: Ffm-Forum-Altenpflege@t-online.de

Design und Layout

BOS-DRUCK GMBH · Frankfurt am Main · Tel. 069/49 09 666

■ EDITORIAL 2/2002 von Beate Glinski-Krause

Der Werbeerfolg der Imagekampagne des Frankfurter Forums für Altenpflege (FFA) von 1993 könnte im Jahre 2003 wohl nicht mehr erzielt werden. Warum? Mit den Strukturveränderungen des Altenpflegesystems seit 1995 hat sich der Pflegenotstand weiter verschärft, so dass Arbeitsbedingungen herrschen, die auf die Pflegenden zunehmend demotivierend wirken. Wenn sich an diesen Bedingungen nichts verändert, kann sich auch der Beruf nicht erholen und keine Imagekampagne wird helfen, dieses Problem zu lösen. Auf Bundesebene wird darüber nachgedacht, wie das Pflegeversicherungsgesetz reformiert werden kann.

Anfang Februar schickte Gerhard Pfannendörfer, Redakteur der Sozialwirtschaft, einen Ausspruch Bertrand Russells, englischer Philosoph, an Kollegen und Freunde. Der Satz lautete: „Wenn alle Experten einig sind, ist Vorsicht geboten.“ Experten bewegen sich allemal in funktionalen Berufszusammenhängen. Ihr Urteil ist beispielsweise an den wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Systemzwängen und Glaubensdogmen orientiert. Der normal sterbliche Mensch und Bürger, der sein Urteil aus seiner Lebensperspektive bildet, kommt meist nicht in die Gremien der Experten, obgleich die Reflexionen der bürgerlichen Basis dort hinein gehörten. Denn ohne sie wäre – folgt man Russells Ausspruch – Vorsicht geboten. Die Handlungskonsequenz, die aus Expertenrunden resultiert, kostet die Bürger oft über die Maßen Steuergelder, die ihrem privaten Haushalt verlustig gehen.

Gerade in der Altenpflege ist zunehmend das zivilgesellschaftliche Engagement gefragt, weil das etablierte Altenpflegesystem die anstehenden Aufgaben künftig nicht mehr ohne den Einsatz Freiwilliger wird einlösen können. Von daher müssen sich die Profis in der Altenpflege dem ehrenamtlichen Bürgerengagement öffnen und müssen den öffentlichen wie politischen Diskurs in Städten und Gemeinden ehrlich wagen.

Aber zurück zur Forumsgeschichte. Aus der Umsetzung der Kampagne von 1993 ist die Presse- und Kommunikationsstelle des Forums entstanden. Sie ist eine Netzwerk-Initiative der Frankfurter Heimleiterinnen und Heimleiter, die aus einem internen Prozess heraus die Öffentlichkeit darüber informieren, was sich an der Altenpflegebasis abspielt und was verändert werden muss. Die Praktiker der Altenpflegebasis bekommen auch eine Antwort auf das, was sie in die Öffentlichkeit gesandt haben.

So hat beispielsweise die Stadtverordnetenversammlung im Jahre 2000 auf den Hilferuf des FFA gehört, denn in den Heimen ist seit 1996 ein Personalmrückgang zu verzeichnen und gleichzeitig ein Zuwachs desorientierter Menschen. Die hiesigen Sozialpolitiker erkannten, dass für die Altenpflege etwas getan werden muss. Somit setzten sie sich dafür ein, dass seit 2001 jährlich für die Betreuung Pflegebedürftiger im ambulanten und stationären Bereich 2,76 Mio. EUR aus den Töpfen der Kommune fließen.

Besonders an Demenz erkrankte Pflegebedürftige – aber nicht nur sie – werden durch diese Maßnahme unterstützt. Denn das Pflegeversicherungsgesetz sieht für die Versorgung dieses wachsenden Personenkreises in den Heimen so gut wie keine Finanzierung vor. Die Administration dieses Frankfurter Sofortprogramms tragen Stadtverwaltung und die Träger. In diesem gesamten Geschehen haben sich nicht nur Professionelle engagiert, sondern auch sensibilisierte Bürgerinnen und Bürger. Sie haben am Gesamtsystem der Altenhilfeversorgung auch ihre kritischen Anmerkungen gemacht und Vorschläge unterbreitet.

Wie aber kommen solche Initiativen zustande?

Das FFA versteht sich als selbstbestimmtes, selbstverantwortliches und selbstorganisiertes Netzwerk. Was dort gepflegt wird, ist der partnerschaftliche und vertrauensvolle Austausch der Heimleiterinnen und -leiter. In den gesamten Kommunikationsprozess sind unterdessen auch Heimbewohner, Pflegemitarbeiter, Bürgerschaft, Politik und Medien einbezogen.

Neben all diesen Aktivitäten bringt das Forum seit 1995 im Dreijahrestakt eine Broschüre über die Frankfurter Altenpflege heraus, so dass die Frankfurter eine Gesamtübersicht über ihr stationäres Altenhilfeangebot haben. Seit 1996 gibt es den FFA intern Pressedienst, der bundesweit an Redaktionen und Behörden geht. Und seit Dezember 2002 können alle Interessierten diese Informationen auch im Internet www.ffa-frankfurt.de abgerufen. Diese Homepage bietet auch Verlinkungen zur Stadt Frankfurt am Main und zur Seniorenzeitschrift mit den Internetadressen www.stadtfrankfurt.de, www.senioren-zeitschrift-frankfurt.de, und www.aelterwerden-in-frankfurt.de.

Aller Dank gilt den Sponsoren des FFA-Internetauftritts: Es handelt sich um die Stadt Frankfurt, die Dr. Bodo Sponholz-Stiftung, das Frankfurter Pharmaunternehmen Merz und die Frankfurter Rundschau, die in www.fr-aktuell.de dem FFA kostenfrei Werbeplatz zur Verfügung stellt.

■ Innovationen für die Altenpflege auch aus Bürger-Anregungen schöpfen

Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hatte Bürgerinnen und Bürger in den Plenarsaal des Frankfurter Römers eingeladen, um mit ihnen über Themen der ambulanten und stationären Altenpflege zu sprechen. In der Veranstaltung am 21.11.02 zeigte sich, dass ambulant pflegende Angehörige – zum Teil selbst schon zu den Senioren gehörend – hohen Belastungen ausgesetzt sind. Dass die demografische Entwicklung die soziale Herausforderung der Zukunft schlechthin ist, das machte Sozialdezernent Franz Frey (SPD) in seinem Eingangsreferat deutlich.

Frey berichtete zu Beginn der Versammlung, dass die Stadt 55 Mio. EUR jährlich für die stationäre Pflege im Rahmen der Sozialhilfe bereit stelle. Zugleich wandte er ein, dass die Pflegeversicherung die persönliche Betreuung der Pflegebedürftigen in Heimen nicht absichere. Hier sieht der Stadtrat Handlungsbedarf: „Auch die Arbeitsbedingungen der Menschen in der Pflege müssen verbessert werden“. Wenn Pflegenden nicht so sehr unter Zeitdruck stünden, könnten sie den Pflegebedürftigen auch mehr an Aufmerksamkeit schenken. Es habe sich gezeigt, dass Heimbewohner weniger aggressiv seien, wenn ihnen mehr Betreuungszeit gewidmet werde. Das erzeuge zudem ein viel besseres Klima in den Einrichtungen.

Doch wie kann heute und morgen ein individuell funktionierendes Pflege- und Betreuungsangebot aufgebaut werden? Schaut man auf Zahlen, so Frey, so seien heute vier Prozent der hiesigen Bevölkerung 80 Jahre und älter und im Jahre 2030 rund sieben Prozent? Jeder dritte Mensch über 85 Jahren sei derzeit pflegebedürftig. Er plädierte für ein Altenpflege- und Betreuungsangebot, das - wie ein Baukastensystem - individuellen Anforderungen gerecht wird. Und in dieser Hinsicht ist die Stadt auch schon ein Stück weit aktiv geworden.

Sie stellt mit ihrem stationären und ambulanten Sofortprogramm für Pflegebedürftige – besonders wenn sie unter Demenzen leiden – finanzielle Mittel zur Verfügung, um die oben aufgezeigte Betreuungslücke der Pflegeversicherung ein wenig zu schließen. Es zeigte sich während der Bürgerversammlung, dass die anwesenden Stadtverordneten zu dieser kommunalen Gabe für die Altenpflege stehen, trotz angespannter Haushaltslage. Die Sozialpolitiker von zunächst GRÜNEN und SPD und in der Folge auch FDP und CDU hatten diese

kommunale Tat erwirkt und weiterhin befördert. Sie haben sich dazu bekannt, dass der Altenpflegeberuf – soll die Daseinsvorsorge der Frankfurter auch von Morgen gesichert werden – unterstützt werden muss, so dass mehr Menschen diese Tätigkeit ergreifen und nicht die Motivation verlieren.

Es geht aber nicht nur um Altenpflegeprofis. Frey hob auch das Engagement der Ehrenamtlichen hervor, die sich beispielsweise zwischenmenschlich für ältere Menschen einsetzen. Insgesamt gäbe es rund 5000 Freiwillige in der Mainstadt. Auf sie müsse immer stärker gebaut werden.

Eine Dame aus dem Kreis der eingeladenen Bürgerschaft berichtete, dass sie gegenwärtig vier Tanten betreue, die zwischen 72 und 94 Jahre alt seien. Da die Versorgten auch nicht mehr voll orientiert sind, sei sie als Betreuerin unterdessen in einer Dauer-Marathon-Situation. Sie monierte, dass das Problem der ambulanten Versorgung älter Menschen riesengroß sei, aber es spreche keiner darüber. „Wir brauchen Menschen, die uns zu Hause unterstützten“. Eine andere Teilnehmerin ergänzte dazu: „70 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt.“

Nach diesen Ausführungen ergriffen auch Altenpflege-Insider das Wort: „Die Dienste der Altenhilfe müssten besser miteinander verknüpft werden, so dass es auch zu einer besseren Versorgung kommt“. Eine politisch gewollte wohnortnahe Versorgung – seit Jahren in Frankfurt praktiziert - Sorge dafür, dass das soziale Umfeld älterer Menschen lange intakt bleibe und somit einem isolierten Leben vorgebeugt werde.

Eine Frankfurterin, deren Mutter lange in einem Pflegeheim betreut wurde, äußerte, dass es in der stationären Altenhilfe zunehmend eine Entwicklung gebe, die den dort lebenden Menschen entrechte. Pflegebedürftige ältere Menschen seien diesem Prozess hilflos ausgesetzt. Es könne nicht sein, dass im Fall der Pflegebedürftigkeit eines Menschen der Artikel 1 der Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und der Artikel 2 Absatz 2 und 3: „Freie Entfaltung der Persönlichkeit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit“ ausgehöhlt würden. „Im Alter verwirkt man nicht seine Grundrechte,“ sagte sie. Doch es zeige sich, dass in Heimen ein Mensch häufig nicht selbst bestimmen könne, wann er zu Bett geht und vor allem, wann er auf die Toilette gehen kann. Die Selbstbestimmungsrechte würden unter den gegebenen Bedingungen zu stark eingeschränkt.

Der Betreiber einer Altenpflegeschule warf ein, dass diese Ausbildung noch immer unterfinanziert sei. Dem pflichtete ein Stadtverordneter bei und machte – neben der unzureichenden psychosozialen Betreuung in der Altenpflege – auch auf die

mangelnde Versorgung im geriatrischen Bereich aufmerksam. Obgleich im Pflegeversicherungsgesetz der Grundsatz herrscht: „Rehabilitation vor Pflege“, werde dieser nicht umgesetzt. Würde im Vorfeld von Alterserkrankungen vernünftig vorbeugend gehandelt, könne Pflegebedürftigkeit eher verhindert, satt produziert werden.

Was sich in der Debatte abzeichnete, das sind auch die mannigfaltigen Interessen derer, die über die Kosten zu befinden haben. In diesem Spannungsfeld wird häufig nicht an der Sache orientiert gehandelt, sondern das Einsparen oder Verschieben von Kosten ist oft die Handlungsmaxime. So bleibt eine wirklich effiziente Altenpflege und prophylaktische Versorgung der Betroffenen häufig auf der Strecke.

■ Renate Schmidt würdigt das Sofortprogramm der Stadt Frankfurt am Main

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, wandte sich am 19.12.02 an das Frankfurter Forum für Altenpflege. Sie hatte die Berichte über die Projekte zur Betreuung desorientierter Heimbewohnerinnen und -bewohner erhalten, die im Pressedienst FFA intern SPECIAL von 19.11.02 zu lesen waren.

Es ist schon eine Überraschung, wenn aus dem fernen Berlin und von der dortigen hohen Bundespolitik das kommunale Engagement für die Altenpflege einer Stadt goutiert wird. Darin kommt auch zum Ausdruck, dass das Kämpfen und Kommunizieren der Menschen an der Altenpflegebasis nicht ungehört bleibt und verstanden wird. Jedenfalls präzisierte Renate Schmidt in ihrem Schreiben, es freue sie, dass die Sozialpolitik in Frankfurt durch das Zusammenwirken aller Parteien ein Konzept gefunden habe, mit dem das Personal in den Pflegeheimen die Versorgung seiner Bewohner verbessern kann. Ferner betonte sie, dass basisorientierte und praxiserprobte Vorschläge heute wichtiger denn je seien, wenn es um die Gestaltung der Altenhilfe in den kommenden Jahren gehe.

Anschließend machte sie auf das Modellprogramm „Altenhilfestrukturen der Zukunft“ aufmerksam, das in ihrem Ministerium angestoßen wurde, um damit die Qualität in der Altenhilfe weiterzuentwickeln und festzustellen, welche zukünftigen Anforderungen in diesem Bereich erforderlich sind. „Von den 20 Projekten dieses Programms sind allein acht speziell dem Schwerpunkt >>Besondere Hilfen und Versorgungsmaßnahmen für Demente<< zugeordnet“, so die Ministerin. „Sie beziehen insbesondere Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Praxis ein. Die Ergebnisse werden in das geplante Altenhilfestrukturengesetz einfließen.“. Damit hat sie auch die Basisarbeit der Heimleiterinnen und -leiter des Frankfurter Forums für Altenpflege gewürdigt, die schon seit über zehn Jahren diese Themen in die Öffentlichkeit transportierten und damit sichtliche Erfolge erzielten.

Informationen erteilt:

Beate Glinski-Krause
FFA-Press- und Kommunikationsstelle
Oranienstraße 21
60439 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 61 99 44 51
Fax 069 / 61 99 44 52
www.ffa-frankfurt.de

■ Das Frankfurter Hufeland-Haus feierte Zertifizierung

Am 20. September 2002 kamen viele Gäste zur Feierstunde anlässlich der Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2000 ins Frankfurter Hufeland-Haus, dem Diakonischen Zentrum für Geriatrie und Altenpflege, in dem momentan 175 ältere Menschen leben, wo aber auch viele andere Dienste angeboten werden. Prominentester Gast des Tages war Gudrun Schaich-Walch (SPD), die damalige Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium.

Schaich-Walch (SPD) sprach den Verantwortlichen des Hauses ihre Anerkennung aus, dass diese schon frühzeitig – genau seit 1997 - ein Qualitätsmanagementsystem angestrebt hätten. Dies

erleichtere es heute das transparent zu machen, was in der Pflege und in anderen Bereichen erforderlich sei. Denn der Gesellschaft müsse bewiesen werden, was in den Heimen tatsächlich notwendig ist.

Andererseits, so die Parlamentarierin, habe Qualität auch etwas mit ausreichendem Personal zu tun. Und daran fehlt es. Gerade an Demenz erkrankte Menschen brauchten einen höheren Betreuungsaufwand als gegenwärtig möglich. Somit plädierte sie für erhöhte Pflegepersonalanhaltszahlen, das heißt prozentual mehr Pflegenden im Verhältnis zu den Gepflegten. Zudem forderte sie: „Wir brauchen eine gesellschaftliche Diskussion über die 1,7 Prozenthöhe der Pflegeversicherungsbeiträge,“ das heißt mehr Finanzressourcen in die Pflege. Den Kernaussagen der Politikerin hatte Marie Luise Zerb, Heimbeiräten des Hauses, in ihrer Rede schon vorgegriffen: „Es gibt zu wenig Hände in der Pflege.“ Auch für Extras - ein tröstendes Gespräch als Streicheleinheit für Pflegebedürftige - bleibe keine Zeit mehr.

Das Hufeland-Haus, das ambulante, teilstationäre und stationäre Altenpflegedienstleistungen bietet, kann auch mit einer modernen Klinik für Geriatrie aufwarten. Darüber hinaus betreibt es eine Altenpflegeschule, einen Personalkindergarten, eine betreute Wohnanlage, eine Tagespflegeeinrichtung sowie ambulante Dienste. In einem über fünf Jahre währenden Prozess hat die Einrichtung für alle Arbeitsbereiche das Zertifikat nach DIN EN ISO 9001:2000 erhalten. 270 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien in diese Gesamtmaßnahme einbezogen worden, so Holger Hothum, Geschäftsführer des Hauses. Darüber hinaus sei dem Tagespflegeheim das Diakonie-Gütesiegel verliehen worden.

Doch warum so ein aufwendiges und auch kostenintensives Qualitätsmanagementsystem? Laut Einrichtung sollen zunächst damit die Wünsche und Vorstellungen der Bewohner und auch der Angehörigen besser erfasst und berücksichtigt werden. Für die Mitarbeiter werde dadurch eine bessere Transparenz der Organisationsstruktur geboten. Ferner würden damit die gesetzlichen Vorgaben wie Heimgesetz und Pflegequalitätssicherungsgesetz erfüllt und den Anforderungen der Kostenträger – z.B. Pflegekassen und Sozialhilfe – besser Rechnung getragen.

Doch dass so ein Zertifikat keine Auszeichnung zum Ausruhen ist, darauf wies Hothum ausdrücklich hin. Mit dem Managementsystem müssten nun ständig die Arbeitsabläufe verbessert und an den Bedarfen der Bewohner bzw. Patienten immer wieder neu ausgerichtet werden. Das setze das Mitreflektieren und Mithandeln aller Mitarbeiter voraus. *Text: Beate Glinski-Krause*

Informationen erteilt:

Holger Hothum
Geschäftsführer
des Hufeland-Hauses
Wilhelmshöher Straße 34
60389 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 47 04 - 1
Tel. 069 / 47 04 - 315
www.hufeland-haus.de

■ „Altenpflegekräfte brauchen eine Würdigung ihrer Erfolge“

Altenpflegeschule des Hufeland-Hauses feierte 25-jähriges Bestehen.

In den feierlich hergerichteten Saal des Kongresszentrums der Deutschen Bibliothek hatte der Evangelische Verein für Innere Mission in Frankfurt am Main eingeladen, um am 1. November 2002 mit rund 100 Gästen das 25-jährige Bestehen der Altenpflegeschule des Hufeland-Hauses zu feiern.

Zugegen waren – neben weiteren prominenten Gästen - Hessens Sozialministerin, Silke Lautenschläger. Sie wies darauf hin, dass die Altenpflegeausbildung ein politisches Schwerpunktthema in Hessen sei. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Diakonie versucht habe, auf bestehende Missstände in der Altenpflege hinzuweisen. Sie forderte mehr öffentliche Aufklärungsarbeit in diesem Bereich und machte auf die Hessische Pflegeoffensive – eine Informationskampagne der Landes – aufmerksam. Sie forderte ferner, dass die professionelle Betreuung Desorientierter in der Altenpflegeausbildung stärker berücksichtigt werden müsse.

Dass der Evangelische Verein für Innere Mission sich schon seit langem mit dieser Ausbildung beschäftigt, geht aus der Geschichte seiner Altenpflegeschule hervor. Am 24. Mai 1977 erhielt diese vom Hessischen Sozialministerium die Anerkennung als >>Lehranstalt für Altenpflege<<. Bereits am 2. Mai des selben Jahres habe der erste Ausbildungskurs begonnen. Ein Jahr lang seien die sieben Teilnehmer des Kurses - drei Frauen und vier Männer - theoretisch unterrichtet worden – mit

Praxiswochen – und anschließend wurde die Prüfung abgenommen. Bis zum Jahr 2002 haben rund 1000 Frauen und Männer die Ausbildung durchlaufen bzw. begonnen, so der Verein. Das Hufeland-Haus selbst wurde im Jahr 1964 eröffnet.

Altenpflege – ein tabuisierter Beruf

Ein Viertel Jahrhundert Altenpflegeschule im Hufeland-Haus ist auch ein ebenso langes Stück Zeit des Kämpfens um eine bessere Versorgung pflegebedürftiger Menschen in Frankfurt. Pfarrer Karsten Petersen, Geschäftsführer des Evangelischen Vereins, sagte denn auch, dass 25 Jahre fast ein Wunder seien. - Auf wie vielen öffentlichen Protestveranstaltungen haben AltenpflegeschülerInnen dieser Schule im Laufe der zweieinhalb Jahrzehnte teilgenommen? – Sie hatten hautnah erfahren, dass alte Menschen und Altenpflege tabuisierte Themen der Gesellschaft sind. Sie hatten als Vertreter der jüngeren Generationen versucht, für ihren Arbeitsbereich öffentliches Bewußtsein zu schaffen und den gesellschaftlichen Altersverdrängungskomplex etwas zu lösen. Mit leider wenig Erfolg.

Altenpflege – ein Beruf mit hohen sozialen Kompetenzanforderungen

Birgit Hoppe, Arbeitskreis „Ausbildung Altenpflege“ Stiftung SPI Fachschulen, Berlin, präsentierte während ihres Vortrags Tonbandaufnahmen von alten Menschen in Heimen. Diese äußerten z.B. folgende Sätze: „Hier hat ja keiner Zeit!“ - „Ich bin durstig und hungrig und habe noch nichts bekommen.“ - „Wo ist meine Schwester?“. Man müsse in der Altenpflege ein tapferer Mensch sein, meinte Hoppe. Denn die dort Tätigen brauchten eine hohe Frustrationstoleranz und sie benötigten eine Würdigung ihrer Erfolge – um beispielsweise in dieser Berufspraxis auf Dauer zu bleiben.

Die Pflegenden seien zum Teil in einer Schicht für 42 Personen verantwortlich. Da fragte Hoppe: „Welche Kompetenzen und welche Konflikt- und Beziehungsfähigkeit müssen Pflegekräfte mitbringen, um diesen Aufgaben gewachsen zu sein?“ Mit schlichten Tonband-Beispielen macht sie klar, dass die Altenpflegeausbildung viel Zeit braucht und dass die Anleitung in der Praxis so gestaltet werden müsse, dass sie von Liebenswürdigkeit und Akzeptanz gegenüber den Lernenden getragen sein sollte. Wenn diese in der Praxis der Lieblosigkeit begegneten, sei dies der falsche Weg. Er schade denen, um die es geht – den Pflegebedürftigen.

In der anschließenden Diskussion positionierten sich Leiterinnen von Altenpflegeschulen in Frankfurt zum Thema. Sie bemängelten, dass die Pflegeversicherung die Ausbildung verändert habe, denn die Reduktion der Altenpflege auf biologische

Funktionen der Pflegebedürftigen habe dazu geführt, dass Kommunikation, Zuwendung und Betreuung in der Pflege zu kurz kämen. Wenn in der Pflegepraxis Zuwendung eher möglich wäre, dann gäbe es auch eine Verbesserung in Berufszufriedenheit und im zwischenmenschlichen Klima.

Altenpflege – Spielball im Gewirr der Sozialgesetzgebung?

In einer anschließenden Podiumsdiskussion mit Ulrike Holler vom Hessischen Rundfunk ging es auch um das Problem des Altenpflege-Marktes, das durch die Pflegeversicherung ausgelöst worden sei. Birgit Hoppe betonte, dass der Markt eine unguete Konkurrenz bewirkt habe, was auch die Träger von Altenpflegeeinrichtungen „aus der Spur“ – sprich aus der Solidarität - gebracht habe.

Um einen Weg aus der Personalnot zu finden, fragte Hannes Ziller, Hessisches Sozialministerium: „Ist eine Imagekampagne der Weg zu einem gesellschaftlichen Diskurs?“ Die Anforderungen der demografischen Entwicklung müssten öffentlich diskutiert werden. Daher sei es erforderlich, jetzt potentielle Interessenten für Pflegeberufe anzusprechen. Wolfgang Becker, Berufsinstitut für Berufsbildung, Bonn, hielt dem entgegen, dass im gesellschaftlichen Diskurs der Bundesrepublik die Sozial- und Rentenpolitik als „lästiges Restrisiko“ diskutiert werde. Die Sozialpolitik dürfe sich nicht länger auf Sonntagsreden zurückziehen. Becker sprach sich gegen den Trend aus, eine gemeinsame Grundausbildung von Alten- und Krankenpflege anzustreben, weil die Pflege alter Menschen eher gerontologisch, denn medizinisch ausgerichtet sei. Annegret Camps, Vertreterin der Hessischen Schulleiterkonferenz für Altenpflegeschulen, äußerte dazu, dass die Altenpflegeschüler heute gut in der medizinischen Versorgung seien, aber sie hätten bestimmte Defizite in der sozialen Kompetenz. Gerade diese Kompetenz sei in der Altenpflege ausschlaggebend. In der Schlussrunde äußerte Rudi Baumgärtner (SPD), Vorsitzender des Sozialausschusses der Stadt Frankfurt am Main: „Das Pflegeversicherungsgesetz muss verändert werden. Wir müssen insgesamt Gesetze und Strukturen auf Bundesebene verändern, der jetzige Weg ist nicht richtig.“

Text: Beate Glinski-Krause

Informationen erteilt:

Martina Werner-Ritzel
Leiterin der Altenpflegeschule
des Hufeland-Hauses
Wilhelmshöher Straße 34
60389 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 47 04 - 276
Fax 069 / 47 04 - 315
www.hufeland-haus.de

■ Für die Nutzer völlig undurchsichtig

Marlies Beckmann, Professorin an der FH Frankfurt, Gunther Crössmann, Heimaufsicht Hessen, und Claus Fussek, Sozialpädagoge aus München, diskutierten am 17. 12.02 im Südbahnhof über „Alltag in Pflegeheimen – Notstand und Tabu“. Rund 80 Besucherinnen und Besucher Frankfurts waren zur Veranstaltung des CDU Stadtbezirksverbandes Sachsenhausen Mitte und Innenstadt gekommen und hatten freilich auch Kritik einzubringen.

Bemängelt wurde seitens des Publikums die unzureichende Qualität der pflegerischen Versorgung in den Einrichtungen. Stichwort – Ausbildung in der Altenpflege. Auch wurde die Intransparenz des Pflegesystems für die Betroffenen selbst zur Sprache gebracht: „Für die Nutzer völlig undurchsichtig und nicht nachvollziehbar“, so der Tenor in der Debatte. Gunther Crössmann ging darauf ein, dass die Heime nicht das leisten könnten, was ihnen vom Gesetz aus auferlegt sei. Würde tatsächlich das dokumentiert, was geleistet werde, dann kämen diese Defizite klar zum Ausdruck.

Marlies Beckmann verlangte eine bessere Ausbildung in den Schulen – gerade auch was die Grundpflege betreffe. An Beispielen machte sie deutlich, wie ein Mensch mit Schluckbeschwerden ein Getränk so aufnehmen könne, dass er nicht gefährdet sei, z.B. eine Lungenentzündung oder andere Erkrankungen zu bekommen. Das setze sehr viel Professionalität voraus, die vermittelt werden und in der Praxis auch umgesetzt werden müsse. Problem sei, dass diese spezielle Pflegequalität, die auch vorbeugend wirkt, für den Betroffenen – vor allem auch für Angehörige – nicht auf den ersten Blick erkennbar sei. Sie warf überhaupt die Frage auf, warum das Pflege-Image in Deutschland so miserabel sei. In den USA oder in England sei eine Pflegekraft sehr respektiert und genieße ein hohes Ansehen.

Claus Fussek holte wieder eine Windel – Inkontinenz-Produkt - heraus und stellte mit deren 3,8-Liter-Aufnahme-Kapazität das Interesse der Industrie an der Pflege dar und die damit einhergehende Entwürdigung Pflegebedürftiger, die – wegen Personal mangels – nicht rechtzeitig zur Toilette geführt würden.

Freilich war der Reigen der Argumente noch sehr viel weitreichender. Auch Träger und Politik kamen in die Kritik. Fussek beschrieb die ungute Allianz von politischem Mandat und Vorstandsposten in einem Wohlfahrtsverband, was dazu führe, dass verschoben werde und kein Bürger blicke mehr da durch.

Seitens der FFA-Pressestelle wurden Zahlen aus der Panoramasedung des NDR vom 7.11.02 wiederholt. Dank der Komplexität unserer Regelwerke der Sozialgesetzgebung hätten wir in den letzten 15 Jahren eine Verwaltungsexplosion im Pflege- und Gesundheitssystem. Die „Verwalter“ seien damit beschäftigt, das zu kontrollieren, was mit dem Geld der Kranken- und Pflegekasseneinzahler geschehe. Würden zwei Drittel (13,8 Mrd. EURO) der Verwaltungsausgaben der „gesetzlichen Krankenversicherung“ eingespart – sie beliefen sich auf insgesamt 20,6 Mrd. EURO, so das Recherche-Ergebnis der zuständigen Journalistin – und der Altenpflege zur Verfügung gestellt, dann hätten wir wohl nicht mehr die massiven Probleme in der Pflege der Heimbewohner und ambulanten Dienste. Die Pflegeversicherung habe derzeit ein Einnahmenvolumen von rund 16 Mrd. EUR pro Jahr. Bei steigenden Arbeitslosenzahlen eine Summe, die schwindet.

Summa summarum zeigte sich in der Debatte die Verfahrenheit des bestehenden Altenhilfesystems, in dem viele Vertreter – ohne Blick aufs Ganze – vom Eigeninteresse geleitet handeln und zu wenig soziale Verantwortung übernehmen. Diese sollte doch eigentlich dazu dienen, dass das personale Leben von alten pflegebedürftigen Menschen gewahrt wird, statt es im Institutionengewirr untergehen zu lassen.

Text: Beate Glinski-Krause

Informationen erteilt:

Beate Glinski-Krause
FFA-Presse- und Kommunikationsstelle
Oranienstraße 21
60439 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 61 99 44 51
Fax 069 / 61 99 44 52
www.ffa-frankfurt.de

■ Ein Sofortprogramm Altenpflege für ganz Hessen erforderlich!

Der gemeinsame politische Konsens lautet: Es muss sich was verändern!

Am 29. Januar 2003 diskutierten in der Begegnungsstätte der AIDS-Hilfe Frankfurt e.V. vier Volksvertreter über das Thema: Was tun Hessens PolitikerInnen gegen den Notstand in der Altenpflege? Rudi Baumgärtner SPD, Vorsitzender des Sozialausschusses Frankfurt, Marcus Bocklet, GRÜNE, ebenfalls Sozialausschuss, Udo Corts CDU, Staatssekretär im Hessischen Innenministerium, und Stefan von Wangenheim FDP wagten sich in den Ring, um dieses Zukunftsthema anzugehen. Recht offen und mutig gaben jeweils die Vertreter von CDU und FDP zu, sich noch niemals so richtig damit auseinandergesetzt zu haben.

Rund dreißig Gäste – viele vom Fach - waren gekommen, um von den Politikern zu erfahren, wie sie die künftige Altenpflegepolitik in Hessen gestalten wollen. Doch ein profundes Wissen darüber, was an der Altenpflegebasis brennt und was dringend verändert werden muss und wie das zu bewerkstelligen wäre, war bei den Podiumsgästen nicht gleichermaßen vorzufinden. Marcus Bocklet, der das Sofortprogramm in Frankfurt mit angeschoben hatte, meinte denn auch, dass so eine Maßnahme in gesamt Hessen erforderlich sei. Statt in Landesbehörden für viel Geld eine teure Datenerfassungsmaschinerie zu installieren, solle doch besser in die Altenpflege investiert werden. Er hob auch hervor, dass in Frankfurt CDU, FDP, GRÜNE und SPD dieses Programm für die Altenpflege gemeinsam getragen hätten.

Udo Corts (CDU) fragte in die Runde, wie man Lösungen für den Pflegenotstand finden und wie Wohnstrukturen im Alter erneuert werden könnten. Er selbst schlug vor, dass so etwas wie ein Kibbutz - also ein Großfamilien-Modell – ins Leben gerufen werden könnte, um Alt und Jung für gegenseitige Hilfeleistungen zusammenzubringen. Auch müssten sich die Bürger selbst mehr Gedanken um eine eigene Vorsorge machen. In einem weiteren Vorschlag unterstützte er die Idee eines speziellen Altenpflegeheims für Lesben und Schwule, um damit den sich ausdifferenzierenden Bedürfnissen im Alter Rechnung zu tragen. Obgleich Hessen ein vergleichsweise reiches Bundesland sei, seien auch hier die finanziellen Ressourcen ausgeschöpft. Corts plädierte aber für den Ausbau des Hessischen Geriatriekonzepts und forderte mehr altengerechten Wohnungsbau.

Von einem anderen Erfahrungshorizont berichtete Stefan von Wangenheim (FDP). Er hatte ein Pflegeheim in Mannheim

besucht und erlebte dort, unter welchem Druck Pflegekräfte in den Einrichtungen arbeiten mit allen Konsequenzen für die Bewohner. Er forderte dazu auf, die Entwicklungen und Konsequenzen des demografischen Wandels viel stärker in die öffentliche Debatte zu transportieren. Der Altenpflegeberuf müsse eine Aufwertung erhalten, die weit über dem liege, was etwa die Werbebranche an Ansehen genieße.

Rudi Baumgärtner (SPD), einer der Sofortprogramm-Initiatoren in Frankfurt machte auch die Medienschelte dafür verantwortlich, dass sich das Image des Altenpflegeberufs und der Heime nicht erhole und niemand mehr in den Beruf wolle. Er sagte aber auch, dass schon mit Beginn der Einführung des Pflegeversicherungsgesetzes falsche Voraussetzungen geschaffen worden seien, etwa durch die gesetzlich festgelegten und damit starren Kassenzuschüsse. Dadurch sei keine entsprechende Verbesserung der Personalstruktur in den Heimen möglich gewesen, eher sogar ein Abbau einhergegangen. Er setzte sich dafür ein, dass der Sozialhilfeträger wieder das Sagen in Pflegesatzverhandlungen haben solle. Er sei für die Daseinsvorsorge seiner Bürgerinnen und Bürger verantwortlich und trage damit eine besondere Verantwortung.

Marcus Bocklet ging nochmals auf die Heimsituation ein und stellte die Frage: „Wie will ich alt werden und wie will ich sterben?“ Das müsse noch viel stärker öffentlich diskutiert werden, um Veränderungen herbeizuführen. Denn was in der Altenpflegepraxis geschehe, das sei ein Verwaltungsaufwand ohne Ende, er werde bezahlt, aber der Altenpflege selbst schwimmen die Felle davon.

Dem fügte Doris Pogantke, Leiterin eines Frankfurter Altenpflegeheims, hinzu, dass das Einnahmevermögen des Hauses seit Einführung der Pflegeversicherung kaum zugenommen habe. Es gäbe heute rund zehn Prozent weniger Personal als 1996 und die Anforderungen in der Pflege seien durch den höheren Anteil desorientierter Heimbewohner erheblich gestiegen. Damit sei die Selbstbestimmung und Entfaltung des personalen Lebens von Heimbewohnern immer stärker eingeschränkt worden. Vor diesem Hintergrund gebe es kaum noch Menschen, die die Aufgabe der Pflegedienstleitung in Heimen übernehmen wollten, weil die gesetzlich verlangten Qualitätsanforderungen nicht mehr einzuhalten seien. Damit wird das Berufsgewissen der Praktiker so zerschlagen, dass es diese Bürde kaum noch verkraften kann.

Text: Beate Glinski-Krause

Informationen erteilt:

Walter Curkovic-Paul
AltenpflegeGayheim
Am Stiegelschlag 5
60 385 Frankfurt am Main
Tel. und Fax 069 / 4 69 32 11
E-Mail: W.Paul22065@aol.com

■ „So wie’s ist, bleibt’s nicht“

2003 Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Nicht gerade mit positiver Sicht aufs neue Jahr wandte sich Roland Koch, Hessens Ministerpräsident, an die rund 150 Gäste des Neujahrsempfangs im „Haus am Landgrafenteich“ in Bad Salzhausen am 15.1.2003. Er wies auf grundsätzliche Veränderungen hin. Doch eigentlich ging es um das Thema Behinderte und die auf ihre Forderungen hin überprüfte Gesetzgebung in Hessen.

Silke Lautenschläger, Hessens Sozialministerin, zeigte auf, dass die Landesgesetze und Verordnungen Hessens darauf hin überprüft worden seien, inwieweit sie einem Gleichstellungsgesetz für Behinderte gerecht werden, das für Hessen geschaffen werden soll. Schon in Hessens Koalitionsvertrag sei beschlossen worden, Gesetze und Verordnungen darauf hin zu durchforsten. Der Behindertenbeauftragte des Landes Hessen, Friedel Rinn, teilte mit, dass eine Arbeitsgruppe – bestehend aus Sozialverbänden, Verwaltung und Ministerium – diese Überprüfung in aufwendiger Diskussion und Kleinarbeit vorgenommen habe. Lautenschläger betonte, dass im Rahmen dieser Arbeit gerade in der Hessischen Bauordnung darauf hin gewirkt werde, dass barrierefreies Bauen Priorität gewinne. Ferner müsse die Selbständigkeit und Selbstbestimmung Behinderter durch entsprechende Ausrüstung des öffentlichen Personennahverkehrs – z.B. durch Niederflerbusse – weiter unterstützt werden. Auch Gebärdendolmetscher und Bescheide des Versorgungsamtes in Blindenschrift sollen künftig zum Einsatz kommen. Sie hob hervor, dass diese Maßnahmen in konstruktiver Partnerschaft aller Fraktionen des Landtages getragen würden.

Der VdK-Landesvorsitzende Udo Schlitt bot einen Überblick der Verbandarbeit und sagte, dass der überparteiliche VdK von 1996 bis 2001 rund 88.000 neue Mitglieder aufgenommen habe - insgesamt gäbe es 160.000 Mitglieder in Hessen. Also stehe die Vereinigung gut da, was aber andererseits auch zu denken gebe. Denn immer mehr Menschen gerieten in Not und suchten in dieser Bürgerversammlung Schutz und Unterstützung. So sei etwa jedes fünfte Verfahren vor Hessens Sozialgerichten vom VdK begleitet worden. Auch das trage dazu bei, dass man in der Politik anerkannt sei.

Er lobte die Bundesregierung, dass sie in der Sozialpolitik weg vom Versorgungsgedanken hin zur Selbstbestimmung Behinderter gefunden und neue Sozialversicherungsansätze angestoßen habe. Kein gutes Haar ließ er an der Familienpolitik: So sei es ein Skandal, dass es rund 1 Mio. sozialhilfeabhängiger Kinder gebe und die BSHG-Regelsätze keine nennenswerten Anpassung erfahren hätten. Ferner machte er auf die Benachteiligung einkommensschwacher Menschen aufmerksam, für

die z.B. die sogenannte Rieser-Rente nicht gerade erstrebenswert sei – zu kompliziert und zu wenig finanzieller Ertrag. Von 32 Mio. Anspruchsberechtigten hätten gerade mal 2,5 Mio. einen Antrag gestellt. Ein düsteres Bild malte er angesichts der Rentenentwicklung auf. Erste Befürchtungen hätten sich bestätigt: „Eine längerfristige Sicherung der Sozialversicherung ist nicht mehr gegeben“. Hätte es nicht schon in den 70 Jahren starke Einschnitte in die Rentenkassen gegeben, könnten heutige Renten um ein Drittel höher sein. Er verwahrte sich dagegen, dass Rentempfänger mit höheren Krankenkassenbeiträgen belastet werden.

Es solle aber z.B. dafür gesorgt werden, dass Internet-Apotheken etabliert werden.

Dem allen stellte er entgegen, dass durch die Steuerreform von 2000 rund 23 Mrd. EUR an die Unternehmen „verschenkt“ worden seien – Stichwort Körperschaftsteuer. Für den Bereich Altenpflege forderte er eine Aufsicht – gemäß Heimgesetz – auch für ambulante Dienste. Diese Instanz sollte bei der Versorgungsverwaltung angesiedelt sein.

Roland Koch nahm angesichts dieser Zusammenfassung seines Vorredners die Bundesregierung in Schutz, denn in diesem Jahr entscheide es sich, ob es eine „administrativ zu begleitende Talfahrt“ geben oder ob sich ein wirtschaftliches Wachstum abzeichnen werde. Es existierten keine zusätzlichen Verteilungsspielräume mehr. Die Standards der Sozialpolitik könnten nur gehalten werden, wenn Wachstum gewährleistet sei. Die Krise betreffe mehr und mehr Menschen. Alle müssten sich bewegen. Somit rief er zu mehr Experimentierfreudigkeit auch in der Gesetzgebung auf – z.B. der Rabatt-Idee (240 EURO-Prämie) der Techniker-Krankenkasse.

Angesichts der VdK-Forderungen räumte er ein, dass die Bürger einen Anspruch hätten, in ihren Belangen begleitet zu werden. Bei weiter gehenden Entwicklungen müssten jedoch Verbände wie der VdK klar formulieren, was Sache ist und dies konstruktiv in den unterschiedlichen politischen Ebenen sachbezogen einbringen. Das betreffe z.B. auch die Arbeitswelt, die sich Behinderten öffnen sollte. Das Land Hessen beschäftige 150.000 Mitarbeiter, von denen 9000 behinderte Personen seien – also 6 %. Es müsse weiterhin politisch Druck gemacht werden, um diese Quote zu halten. *Text: Beate Glinski-Krause*

Informationen erteilt:

Beate Glinski-Krause
FFA-Press- und Kommunikationsstelle
Oranienstraße 21
60439 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 61 99 44 51
Fax 069 / 61 99 44 52
www.ffa-frankfurt.de

■ „Wie im Kleinen in der Familie, so im Großen in der Kommune“

Viele Fachleute waren dem Ruf des „Zukunftsforums Demenz“ von Merz, Frankfurt/Main, am 24. und 25. Januar 2003 nach Geisenheim gefolgt. Sie wollten von den Fachreferenten erfahren, wie Demenzkranke so in den Alltag eines Gemeinwesens einbezogen werden können, dass ihnen ein Leben zu Hause möglichst lange erhalten bleibt. Aber auch die rechtzeitige Behandlung von Demenzen ist eine Maßnahme, ein eigenständiges Leben - trotz Erkrankung - länger aufrechtzuerhalten. Der Titel der Veranstaltung lautete: „Demenz – auf dem Weg zu einem Disease-Management-Programm?“

Hinter einem Disease-Management-Programm stecken Innovation und Strukturen, die z.B. in einer Stadt dafür sorgen, dass desorientierten Menschen individuelle Hilfen zuteil werden. So wie in pflegenden Familien die Defizite eines demenzkranken Menschen aufgefangen werden sollten, gilt dies im größeren Rahmen auch für eine Kommune, die den notwendigen Rahmen für Patienten und pflegende Angehörige bereitstellen muss, um Abhilfe zu schaffen. Doch bevor Beispiele dafür benannt wurden, ging's erst einmal um Allgemeines.

Johannes Hellauer, Institut für Gesundheitssystemforschung, sagte, es lebten rund eine Mio. desorientierte Menschen in Deutschland, im Jahre 2040 würden es zwei Mio. sein. „Wie machten sich solche Erkrankungen bemerkbar?“ Kognitive Beeinträchtigungen äußerten sich in Verhaltensauffälligkeiten. Und darüber gebe es einen Aufklärungsauftrag. Demenz sei eine teure Erkrankung. Der finanzielle Aufwand ließe sich auf rund 30 Mrd. Euro pro Jahr hier zu Lande beziffern. Hierbei tragen die Familien den größten Anteil der Versorgung. Würden die Patienten rechtzeitig mit entsprechenden Medikamenten therapiert, könne eine Heimeinweisung verzögert werden. Fazit für die integrative Unterstützung laute: Die Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherungen müssten optimal kombiniert werden, es sei eine integrierte Versorgung der Erkrankten erforderlich, die Selbsthilfepotentiale in den Familien müssten gestützt und die Ausbildung der unterstützenden Berufe müsse gestärkt werden.

Lutz Frölich, Professor für Gerontopsychiatrie, Universität Frankfurt, plädierte ebenfalls für ein integriertes Behandlungskonzept. Einerseits müssten Demenzkranke durch sozialtherapeutische Maßnahmen wie ambulante und teilstationäre Versorgung stabilisiert werden, andererseits gehe es auch um

eine gründliche Diagnose und eine rechtzeitige, gezielte medikamentöse Therapie, um den Krankheitsverlauf hinauszuzögern. Es gebe momentan Fortschritte in der Diagnostik und Früherkennung der Erkrankungen, aber es gebe keine schnelle Hilfe, die Alzheimerkrankheit zu besiegen. Also wies der Mediziner auf bewährte Methoden hin wie z.B. den Erhalt der Alltagskompetenz des Patienten durch tagesstrukturierte Maßnahmen.

Was unter Disease-Management auf kommunaler Ebene zu verstehen ist, darauf ging Eberhard Hesse, Uni Münster, ein. Er stellte das Projekt PRO DEM vor, eine Netzwerk-Initiative in der 60 000 Einwohner zählenden Kommune Stuhr in der Nähe von Münster, die er angestoßen hatte. Dort werden derzeit 120 an Demenz erkrankte Menschen betreut. Der praktizierende Hausarzt Hesse kritisierte, dass seine Zunft im Bereich Demenz noch viel Nachholbedarf habe. In der Arztpraxis gebe es nach der Diagnose Alzheimer zwei Möglichkeiten: „Entweder der Patient vegetiert vor sich hin oder er erhält eine integrative Behandlung.“

In Stuhr ist Letzters der Fall. Nach der Diagnose sorgte der Arzt dafür, dass der Familie der Schock dieser Krankheit genommen werde und er trage zur Entstigmatisierung des Krankheitsbildes bei. Denn Demenz und ihre Bewältigung sei eine gemeinsame Aufgabe von Familie und Gemeinde. Vom Arzt werde der Patient weiter vermittelt in die entsprechenden Dienste wie Logopädie, Physiotherapie, soziale Hilfsdienste, Ergotherapie, ambulante Pflege und Selbsthilfegruppen für pflegende Angehörige. In Stuhr funktioniere dieses System, in dem der Patient und seine Familie im Mittelpunkt einer kommunalen Rahmenversorgung stünden. Diese wird von einer Koordinatorin gemanagt. Diese sorgt dafür, dass die Betroffenen die entsprechenden Unterstützungen erhalten.

Wichtig sei, dass der Patient in den fünf unterschiedlichen Stadien der Erkrankung die angemessene professionelle Betreuung und Unterstützung erhält. Dabei sei besonders darauf zu achten, dass er in seinem Sosein anerkannt und angenommen werde und von tragfähigen Beziehungen gehalten werde. In den unterschiedlichen Erkrankungsstufen werde der individuelle Hilfebedarf ermittelt und in regelmäßigen Konferenzen Fallbesprechungen durchgeführt.

Je nach Stand des Krankheitsstadiums würden Kompetenzen der Selbständigkeit gestärkt, die Wahrnehmungsfähigkeit trainiert, Stimmungsschwankungen aufgefangen, Realitätsorientierung geübt und Biografiearbeit geleistet. Wie sich herausgestellt habe, seien 67 Prozent der pflegenden Angehörigen in Stuhr sehr stark belastet. Ihnen würden – je nach Bedarf – entlastende Gruppenangebote gemacht. Die Angehörigengruppe verfolge

folgende Prinzipien: Gruppenprinzip mit offenem Gespräch und Spontantität, - das Selbsthilfeprinzip mit gegenseitiger Unterstützung sowie das Kontinuitätsprinzip, durch das die Regelmäßigkeit gewährleistet sei. Im Folgenden wurden Netzwerk-Beispiele aus Würzburg und Berlin vorgestellt, in denen sich Pflegedienste zusammengeschlossen haben, um im Verbund die erforderlichen Hilfeleistungen gezielt zu erbringen und die Servicekette für die Betroffenen möglichst individuell zu gestalten.

Text: Beate Glinski-Krause

Informationen erteilt:

Beate Glinski-Krause
FFA-Press- und Kommunikationsstelle
Oranienstraße 21
60439 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 61 99 44 51 Fax. 069 / 61 99 44 52
www.ffa-frankfurt.de
Zukunftforum Demenz Tel. 069 / 15 03 - 609

■ „Wie wenig Chancen manche Menschen schon von Geburt an haben!“

Schwester Hemma Maria Kohlbauer nahm am 16. Dez. 2002 Abschied von der Obdachlosenarbeit in den Avetorhäusern in Frankfurt/Sachsenhausen

Es herrschte gewiss eine gerührte Stimmung im Rittersaal des Deutschen Ordens, in dem sich über 100 Menschen eingefunden hatten, um die stets Optimismus ausstrahlende Schwester Hemma aus ihrem verantwortungsvollen Amt zu verabschieden. „Hemma heißt die Starke“, unterstrich Stadtrat Franz Frey in seiner Dankesrede für den engagierten Einsatz, den sie mit aller Herzenswärme den Obdachlosen gewidmet habe. Seit 1986 hatte sie bereits im Südbahnhof gewirkt und 1995 sei die Arbeit in den Avetorhäusern weiter gegangen. Nach dem Motto „Jeder, der Hilfe benötigt, ist willkommen“, habe sie die Menschen von der Straße aufgenommen. Von denen wurde die couragierte Ordensschwester auch gerne „Häuptling weißer Schleier“ gerufen. Um ihr seinen persönlichen Dank zu überbringen, kam auch

Joachim Vandreike, der ehemals die Geschicke im Sozialdezernat regelte. „Durch ihr stets lebensfrohes Gemüt hat sie die Avetorhäuser mit neuem Leben erfüllt,“ so der Stadtrat.

Klaus Döll, Vertreter der Deutschen Brüderprovinz des Deutschen Ordens, ging in seiner Laudatio auf die Managementqualitäten der Schwester ein. Sie habe in Frankfurt 45 Mitarbeiter geführt, die 800 Menschen im Stadtgebiet versorgen. Unter den Obdachlosen habe sich schon in den 80-er Jahren ein besonderer Slogan verbreitet: „Wir gehen zu Hemmas Futtergrippe!“ Will heißen, dass in der Obdachlosenarbeit kontinuierlich Mahlzeiten angeboten werden. Dass schließlich der Umzug vom Südbahnhof in die Avetorhäuser habe stattfinden können, sei auf den Einsatz des Katharinen- und Weißfrauenstifts in Frankfurt zurückzuführen. Denn dort sei für den Kauf der Avetorhäuser gestritten und schließlich auch gesorgt worden.

Schwester Hemma erklärte zunächst, dass Ave „Sei gegrüßt“ heißt. Es handele sich auch um das Grußwort des Engels an Maria. Dieses „Ave“ habe sie dazu veranlasst, die ehemals im Frankfurter Jargon so genannten Affentorhäuser in Avetorhäuser umzubenennen. Dort gebe es die Möglichkeit, dass obdachlose Männer und Frauen Wasch- und Duschemöglichkeiten hätten, sie erhielten Mahlzeiten und Begleitung. Sie unterstrich ferner, wie wichtig es sei, Anteil am Leben derer zu nehmen, die auf der Schattenseite des Lebens existierten. Hierbei werde Solidarität geübt, ohne die es keine menschliche Zukunft gebe. „Gutes zu tun, das bewahrt vor dem Weg in die Finsternis“, so die Deutsch-Ordens-Schwester.

Text: Beate Glinski-Krause

Informationen erteilt:

Beate Glinski-Krause
FFA-Press- und Kommunikationsstelle
Oranienstraße 21
60439 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 61 99 44 51
Fax 069 / 61 99 44 52
www.ffa-frankfurt.de

■ „Muss i´ denn, muss i´ denn zum Städele hinaus“

Eines muss man ihnen lassen: Feiern können sie, die Freunde aus Frankreich. Als der zweite Kongress der europäischen Sektion der „Freunde alter Menschen“ - „Les petits frères des Pauvres“ – vom 7. – 8. Februar 2003 in Toulouse tagte, wurde zum Abschluss gesungen und geschunkelt. Die Angereisten aus mehreren europäischen Ländern, in denen die Freunde tätig sind, trugen am Abschiedsabend Lieder aus ihrer Heimat vor, die in der Regel auch bei allen anderen bekannt waren. Der erste deutsche Vortrag, „Auf der Reperbahn nachts um halb eins“, war allerdings nicht so gängig, so dass die Allemande-Vertretung auf das „Städele-Volkslied“ zurückgriff, zu dem alle miträllerten. Wahrscheinlich dank Elvis Presley, der schon in den 50er Jahren mit diesem Lied musikalisch einen US-Beitrag zur Einheit Europas leistete.

Armand Marquiset, ein französischer Adliger und auch Lebeamann, wie es in Toulouse hieß, habe 1949 die Organisation „Les petits frères des Pauvres“ – wörtlich: Die kleinen Freunde der Armen - ins Leben gerufen. Dies habe er getan, weil er darin einen neuen Lebenssinn erkannte. Die von ihm inspirierte Initiative ist in Frankreich sehr weit verbreitet. Sie setzt sich unterdessen vor allem für ältere Menschen ein, weil der demografische Wandel den gesamten europäischen Kontinent erfasst hat. In Deutschland heißt die Organisation „Freunde alter Menschen e.V.“. Dort gibt es mittlerweile jeweils eine Gruppe in Berlin, Mainz und Frankfurt. Sie kümmert sich um neue Wohnformen im Alter, vor allem wenn's um Demenzerkrankte geht, und um die Betreuung älterer Menschen Zuhause und in Altenpflegeheimen. Und weil in den Industrienationen eigentlich kaum ein alter Mensch mehr an Hunger leidet, sondern die Not in der Vereinsamung bestehe, haben sich die Berliner Freunde das Motto: „Blumen vor dem Brot“ gegeben, wie Klaus Pawletkow, Geschäftsführer des Vereins, mitteilt.

Aber auch Obdachlose und von der Gesellschaft ausgeschlossene Menschen werden auf Basis freundschaftlicher Begleitung getragen, so die Grundhaltung der „Petits Frères“. Und das mittlerweile sogar weltweit. Sie sind beispielsweise auch in Kanada, den USA und in Mexiko tätig. Dabei sollen vor allem tragfähige Beziehungen aufgebaut werden, so dass das Besondere dieser Arbeit eine sehr persönliche Komponente hat, die aber nicht ins Private abrutschen sollte. Vor diesem Hintergrund haben die Freunde auf ihrem Kongress in Toulouse eine europaweit erarbeitete Carta verabschiedet, die eine Handlungsleitlinie für alle Freiwilligen bildet. Die in sechs

Sprachen abgefasste Carta – mit Leitbegriffen wie Würde, Teilhabe, Integration - wurde in der Veilchenstadt von allen Gästen handschriftlich signiert, um diesem Akt die nötige Symbol- und Handlungskraft zu verleihen.

Es gibt jedoch weitere Gründe, warum sich die Angereisten aus Frankreich, Deutschland, Irland, Polen, Schweiz und Spanien mühten. Auf europäischer Ebene gilt es, die Vereinigung so zu stärken, dass sie von den europäischen Gremien in Straßburg und Brüssel als Nichtregierungsorganisation (NGO) anerkannt wird und somit ein politisches Mitspracherecht in Europa wahrnehmen kann. Freilich sollen auch finanzielle Förderungen erzielt werden. Es waren auch Vertreter aus Rumänien, Kanada und Russland zugegen. Was in Deutschland unter Pflegenotstand verstanden wird, dürfte in Russland und Rumänien paradiesischen Zuständen gleichkommen.

Dass die Wandlung der „Petits Frères“ in eine NGO auch Gefahren der fortschreitenden Institutionalisierung birgt, formulierten gerade die französischen Freiwilligen in einem Workshop, in dem es um den Respekt gegenüber den Betroffenen ging. Wer sich als Handlungsmaxime die stützende, freundschaftliche Beziehung setzt, um damit das personale Leben der Betreuten zu fördern, kann ein Problem bekommen. Denn wenn sich eine große – zwangsläufig hierarchisch strukturierte - Institution mit immer größer werdenden Ansprüchen darüber erhebt, so könnten ihre Regeln und Verordnungen das Offene und Kreative der menschlichen Beziehungen funktionalisieren, was nicht das eigentliche Wesen von Freundschaft ist, die Liebe, Authentizität, Zuwendung und Freiwilligkeit in sich birgt.

Im Workshop „Respekt“ präziserte Manfred Langehennig, FH Frankfurt, dass es gerade bei desorientierten Personen erforderlich sei, den Schweregrad der Erkrankung zu ermessen. Ist sie noch nicht so weit vorangeschritten, könne es angemessen sein, die Betreuten aus ihrer subjektiven Wirklichkeit herauszuholen und sie in einer sozialen Beziehung wieder zu integrieren. Hier meinte ein Mitglied der französischen Freunde, dass er zu einem Optiker, der nun desorientiert sei, dadurch Zugang gefunden habe, dass er ihm seine Brille reichte. Dies sei der zündende Funke gewesen: Der Helfer konnte an die Berufserfahrung des Betroffenen anknüpfen und somit kamen beide miteinander weiter. Des Weiteren entspann sich eine sehr differenzierte Debatte darüber, was sich in den gegenseitigen Beziehungen abspielt und was es bedeutet, einen Menschen zu begleiten, der des logischen Denkens nicht mehr in jeder Hinsicht fähig ist, oder der gar nicht mehr sprechen kann, sich nur durch Mimik mitteilt.

Die „Petits Frères“ sind in Frankreich bekannt. In Städten wie

Toulouse oder Nantes, die etwa so groß wie Frankfurt sind, gibt es pro Stadt 20 bis 30 Gruppen, die sich älterer oder benachteiligter Menschen annehmen. In Lille betreuen 500 Freiwillige 400 Betreute. Die aus Berlin angereisten Uschi Heine und Stefan Trampf berichteten, dass dort etwa 60 Freiwillige ältere Menschen begleiten und dabei auch eine Menge Spaß mit ihnen hätten. Auch miteinander würden die Freiwilligen viel unternehmen: Nachmittagskaffee, Gruppentreffen, Besuche von Kulturveranstaltungen. Die Deutschen legen viel Wert auf Freude und Ungezwungenheit und beweisen viel Vertrauen gegenüber den Aktiven, was die Franzosen über die Maßen erstaunte. In Madrid gibt es eine einzige Gruppe der Freunde, die 6000 alleinstehende ältere Menschen im Norden der Stadt im Blick hat. Und Polen präsentierte, als jüngste Mitglied im Bunde, gleich drei Freundesgruppen jeweils aus Warszawa, Lublin und Poznan.

Alle „Kleinen Freunde“ weltweit sind darum bemüht, ihre engagierten Freiwilligen so ins Spiel zu bringen, dass es möglichst zu glückenden Beziehungen kommt. Das bedeutet behutsames Heranführen an die Tätigkeit, Begleiten bei Problemen und gegebenenfalls Supervision anbieten.

Für Europa äußerte sich der Vicepräsident des Europäischen Parlaments, Gerard Onesta, von den französischen Grünen, und wies auf die historische Phase der EU-Erweiterung hin. Leider reagiere die EU noch zu zögerlich auf bestehende Probleme – z.B. die soziale Integration. Und vor allem handele die EU zu wenig präventiv, auch angesichts der älter werden Gesellschaften: „Die Parlamentarier bewegen sich auf institutionellen Wolken und wissen zu wenig über die Realität der Betroffenen.“ Eine wichtige Bemerkung des Politikers, der somit die „Petits Frères“ dazu ermunterte, auch das in die EU-Gremien zu transportieren, was sich an der Bürgerbasis in Paris, Dublin, Berlin, Warsawa oder Barcelona tut.

Text: Beate Glinski-Krause

Informationen erteilt:

Klaus Pawletko
Freunde alter Menschen e.V.
Hornstraße 21
10963 Berlin
Tel. 0 49 / 30 / 691 18 83
Fax 0 49 / 30 / 691 47 32
www.freunde-alter-meschen.de

■ Diskussion – Umbau der sozialen Sicherungssysteme

Die Versorgung von Demenzkranken liegt in Deutschland im Argen. Die Situation dieser Menschen dringt kaum in das öffentliche Bewusstsein. Kranken- und Pflegeversicherung kommen nur unzureichend für diese immer größere werdende Bevölkerungsgruppe auf. Pflegenden Angehörige, die die größte Last tragen, werden selten wahrgenommen.

Das Zukunftsforum Demenz, eine Initiative des Pharma-Unternehmens Merz, hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, die Versorgung von Demenzkranken in Deutschland zu verbessern. Bei einem Workshop in Frankfurt am 7. Februar 2003 setzten sich Fachleute dafür ein, das medizinische Versorgungssystem stärker auf Demenzkranke und ihre Angehörigen auszurichten. Denn Demenz ist nach Ansicht der Experten schon lange kein Randphänomen mehr, sondern ein „gewichtiges gesellschaftliches Problem“, das nicht in den Familien oder Pflegeheimen versteckt werden dürfe.

Bereits heute sind rund 950 000 Menschen an Altersdemenz erkrankt, unterstrich Dr. Peter Pick, Geschäftsführer des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen (Essen). Die Kosten dieser Erkrankung von rund 30 000 Euro pro Jahr und Patient tragen ganz überwiegend die Familien der Betroffenen selbst. Nur für 30 Prozent der Kranken komme die Pflegeversicherung auf und für knapp drei Prozent die gesetzliche Krankenversicherung, unterstrich Günther Sauerbrey vom Zukunftsforum Demenz. Da die Krankheit altersbedingt sei, müsse bis zum Jahre 2050 mit einer Verdoppelung der Krankenzahlen gerechnet werden.

Die Fachleute forderten nicht nur eine frühere Diagnose von Demenzerkrankungen und den frühzeitigen Einsatz von Medikamenten und Therapien, die den Verlauf der Krankheit hinausschieben und den Patienten länger ein möglichst selbstständiges Leben sichern könnten. Sie setzten sich auch für eine größere Solidarität der Gesellschaft mit Demenzen und ihren Familien ein. Die Vorsitzende der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, Heike von Lützu-Hohlbein (Berlin), forderte „menschliche Nähe, Geborgenheit und Begleitung“ statt Beaufsichtigung und Bevormundung. Da immerhin jeder dritte Deutsche im Alter mit einer Demenzerkrankung rechnen müsse, dürfe das Thema nicht länger verdrängt werden. Denn Solidarität könne nur wachsen, wenn man über den Verlauf und die Auswirkungen der Erkrankung aufgeklärt sei.

Für den früheren Ärztfunktionär und streitbaren Kämpfer für

ein menschlicheres Gesundheitswesen, den Berliner Arzt Ellis Huber, braucht es dazu in Deutschland allerdings eine „neue Architektur des Gesundheitswesens“. Ohne ein integriertes System von Versorgung und Krankenversicherung, das sich ausschließlich am Patienten orientiert, sei das „Ziel moderner Heilkunst, den Menschen maximale Autonomie trotz ihrer gesundheitlichen Handicaps zu sichern“, nicht zu erreichen. Der Staat müsse, so Huber, der mittlerweile im Vorstand einer „kleinen Betriebskrankenkasse mit ganzheitlichem Programm“ (Securvita) ist, bewusst auf jede Fürsorgementalität verzichten und auf eine „radikale Verschlankung“ zusteuern.

Ein solches Gesundheitswesen muss nach den Vorstellungen Hubers klare Grenzen ziehen zwischen individueller Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Solidarität. Es muss zwischen solidarisch finanzierten Regelleistungen und individuell finanzierten Wahlleistungen unterschieden werden. Es sollten zusätzliche Finanzierungswege eröffnet werden über Sonderabgaben nach dem Verursacherprinzip. Nur so könne die „schleichende innere Entsolidarisierung“, die gegenwärtig Gesundheitswesen und Gesellschaft kennzeichne, gestoppt werden, betonte Huber unter dem Beifall der rund 50 Forumsgäste.

Text: Doris Wiese-Gutheil

Informationen erteilt:

Beate Glinski-Krause
FFA-Press- und Kommunikationsstelle
Oranienstraße 21
60439 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 61 99 44 51 Fax 069 / 61 99 44 52
www.ffa-frankfurt.de
Zukunftforum Demenz Tel. 069 / 15 03 - 609